

Ärzte Zeitung, 05.11.2011 10:28

Wie viele Ärzte braucht Schleswig-Holstein tatsächlich?

In Schleswig-Holstein räumen Vertreter von Krankenkassen einen Ärztemangel zumindest auf dem Land ein. Unklar bleibt, wie dieses Problem behoben werden kann.

Von Dirk Schnack



Schleswig-Holstein: Die Idylle trägt - zumindest für viele Ärzte.

© imagebroker/ imago

LÜBECK. Das Versorgungsstrukturgesetz wird den Ärztemangel nicht beheben können. Auch Krankenkassen erkennen Handlungsbedarf.

Dies wurde auf dem ersten norddeutschen Dialog der Barmer GEK in Lübeck deutlich. Neu war, dass auch hochrangige Krankenkassenvertreter wie Claudia Korf, Barmer-Vorstandsbeauftragte beim Bund, öffentlich den Ärztemangel inzwischen nicht mehr klein reden.

Um drohenden Mangel zu verhindern, setzen die Kassen laut Korf auf mehr Zweigpraxen

"Wir müssen als gesetzliche Krankenkassen anerkennen, dass Unterversorgung im ländlichen Bereich droht", sagte Korf. Damit hob sie sich von früheren Aussagen von Kassenvertretern ab, die Handlungsbedarf meist abstreiten.

Um den drohenden Mangel zu verhindern, setzen die Kassen laut Korf auf mehr Zweigpraxen, begrüßen Kliniken in der ambulanten Versorgung, wünschen sich Praxen als Einrichtungen der KVen und wollen eine stärkere Einbeziehung anderer Gesundheitsberufe erreichen.

Für Korfs Geschmack geht Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr in seiner Vorlage zum Versorgungsstrukturgesetz bei der Umsteuerung zwischen unter- und überversorgten Regionen nicht weit genug - hier wünschen sich die Kassen auch Honorarabschläge in überversorgten Gebieten.

Ärztelnachwuchs - die Ergebnisse bleiben überschaubar

Keine großen Hoffnungen hegt Mecklenburg-Vorpommerns KV-Vize Dr. Dieter Kreye in Zusammenhang mit dem Gesetz. Seine KV hat nach seiner Aussage schon in der Vergangenheit viele Möglichkeiten ausgeschöpft, um Nachwuchs zur Niederlassung zu motivieren - die Ergebnisse blieben überschaubar.

Längst geht es im Nordosten nicht mehr nur um die ländliche Versorgung. Kreye ist in der Stadt Neubrandenburg niedergelassen und hat die Erfahrung gemacht, dass es für seine Hausarztpraxis keinen Interessenten gibt - selbst dann nicht, wenn er sie verschenken würde. Die ambulante Versorgung mit angestellten Ärzten zu bewältigen, ist für ihn ebenfalls keine Lösung.

Er verwies auf seine Erfahrungen im DDR-Gesundheitssystem und die höhere Leistungsbereitschaft freiberuflich tätiger Ärzte.

Planungssicherheit für eine Niederlassung

Als Hürde für die Niederlassung nannte der Hausarzt die Diskontinuität in der Gesetzeslage: "Wenn ich heute nicht weiß, unter welchen Bedingungen ich morgen arbeiten muss, kann ich mich auch nicht niederlassen."

Damit traf er auch bei Korf auf Zustimmung, die auch für die Krankenkassen Planungssicherheit vermisst.

Korf und Dr. Martina Bunge, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, machten auf ein weiteres Defizit aufmerksam: Zwar ist man sich einig, dass Ärzte für die Gesundheitsversorgung fehlen - das Ausmaß aber ist unbekannt, weil verlässliche Daten fehlen.

Bunge forderte eine aus ihrer Sicht überfällige wissenschaftliche Analyse: "Wie viele Ärzte braucht das Land?"

Copyright © 1997-2011 by Ärzte Zeitung Verlags-GmbH